

ohne einen gesicherten Frieden jede Hoffnung vertan wäre.

Diese Ost-West-Politik der Entspannung hat auch in Ihrem Land, Frau Premierminister, viel Interesse und Beachtung gefunden. Es durfte in der Tat niemals einen Zweifel daran geben, dass sie keinem Dritten zum Nachteil, sondern allen zum Vorteil sein soll. Es ist meine feste Überzeugung, dass auch der Friedenswille und vor allem das Beispiel des Friedens ansteckend wirken können. Die Stabilisierung friedlicher Verhältnisse in Europa ist in sich, nach meinem Urteil, ein Element der Sicherheit auch für die uns benachbarten Regionen des Mittelmeeres und des Nahen Ostens.

Der Wille zum Frieden braucht die tägliche Ermutigung. Ich bin sicher, Frau Premierminister, dass ich aus diesem Besuch Mut schöpfe. Wenn ich von dem Mut für die Arbeit zum Frieden etwas zurückgeben kann, ja, wenn er sich auf die Nachbarn, auf alle Beteiligten, übertragen liesse –, dann erfüllte sich für mich und für meine Landsleute ein sehnlicher Wunsch...

(Übersetzung aus dem Englischen)

III Lebensrecht für alle Staaten als Fundament des Friedens¹

Aus der Rede von Bundeskanzler Willy Brandt
auf der 25. Buchmesse in Frankfurt/Main
am 10. Oktober 1973

Bundeskanzler Willy Brandt hielt zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse – wegen der kriegesischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten in Abweichung von der ursprünglich vorgesehenen Festrede² zum 25jährigen Bestehen der Frankfurter Buchmesse – folgende gekürzt wiedergegebene Rede:

Herr Oberbürgermeister,
meine Herren Präsidenten und Direktoren,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für den Bundeskanzler ist es heute abend schwer, über Bücher zu sprechen, denn es ist Krieg – Krieg nicht irgendwo, sondern in einem Teil der Welt, der Europa geographisch und nicht nur geographisch eng benachbart ist.

Wir sind in diesen Tagen Zeugen eines dramatischen Zusammenbruchs von Hoffnungen. Das schwierige und mühselige, geduldige Suchen nach politischen Lösungen hat versagt. Der tragische Konflikt ist eine Kriegserklärung an die Vernunft. Wir, andere Staaten, sogar Grossmächte, scheinen dazu verurteilt zu sein, dem dramatischen Gang der Geschehnisse hilflos, ohnmächtig zuzuschauen.

Es sind, wie immer, Unschuldige, die am schrecklichsten unter der entfesselten Gewalttätigkeit leiden. Diesen

¹ Gekürzt entnommen aus dem »Presse- und Informationsblatt der Bundesregierung« Nr. 30 / S. 1281 ff. Bonn, 12. 10. 1973; – desgl. »Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel« (29/85). Frankfurt/M., 26. 10. 1973, S. 1838 ff.

Die in Tel Aviv erscheinende deutschsprachige Tageszeitung »Jedioth Chadashot« brachte auch in ihrer Wochenausgabe vom 10. 10. 1973 die Rede unter dem Titel: »Bundeskanzler Brandt fordert konstruktiven Ausweg aus dem Nahost-Konflikt...« Brandt hat seine in der Rede geforderten Vermittlungsbemühungen fortgesetzt und sich vor einigen Tagen mit einem persönlichen Schreiben an Breschnew gewandt, indem er ebenfalls auf Einstellung des Feuers und Beilegung des Konflikts im Nahen Osten drängte.

² S. S. 1285 im Presse- und Informationsblatt der Bundesregierung, wie oben angegeben.

Unschuldigen vor allem gilt unsere Verbundenheit, unsere Solidarität.

Lassen Sie mich gleich hinzufügen: Wenn im Nahen Osten der Frieden eine echte Chance gewinnen soll, dann muss das Lebensrecht aller Staaten dort respektiert werden, dann braucht es den Mut zur Anerkennung dieser Realität, der Bereitschaft zum Gespräch und zur Schlichtung, der Kraft zur Vernunft.

Sie werden es hoffentlich verstehen, meine Damen und Herren, ich kann hier nicht zu Ihnen sprechen, als geschehe in diesen Stunden nichts Schreckliches, das uns alle tief bedrückt. Was zum Anlass zu sagen war, ist von mir gesagt worden...

25 Jahre Buchmesse – auch 25 Jahre eines beunruhigten Friedens für uns in Europa, auch hier immer wieder überschattet von Gewalttaten und Verzweiflung. Es waren nicht 25 Jahre Frieden für die Welt. In Wahrheit schwiegen die Waffen nie.

Oft genug herrschte nur ein täglich gefährdeter Waffenstillstand – so im Nahen Osten. Er ist von neuem zerstört worden. Ein anderes Mal siegte das, was ich die ultima irratio genannt habe, nämlich das Versagen der politischen und menschlichen Vernunft. Der Wille zum Krieg – das ist in Wirklichkeit unser aller Niederlage. Niemals ist unsere Ohnmacht sichtbarer geworden.

In dieser Stunde richten sich unsere Gedanken zuerst auf die Not und das Elend der vom Krieg betroffenen Menschen. Jede Stunde, um die die Kampfhandlungen verkürzt werden können, ist ein Gewinn für die Menschen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Konflikt nicht Partei, aber sie wird entschlossen jede Anstrengung unterstützen, die den Kampfhandlungen, wenn es geht, sofort ein Ende macht.

Sie steht mit denen zusammen, die einen zuverlässigen Frieden wollen, der auf der Grundlage der Sicherheits-Resolution der Vereinten Nationen vom November 1967 ausgehandelt werden muss.

Was vor den Toren Europas in diesen Tagen geschieht, meine Freunde, geht uns unmittelbar an. Dies ist auch eine Bewährungsprobe für die politische Zusammenarbeit der neun europäischen Staaten der sich herausbildenden Gemeinschaft, die sich neben anderen zu einem eindringlichen Appell an die beiden eigentlichen Weltmächte zusammenfinden müssten.

Heute vor 14 Tagen, fast auf die Stunde, fragte ich vor den Vereinten Nationen: »Wenn die beiden Weltmächte den Frieden nicht garantieren, wer könnte es an ihrer Stelle?« Doch ich fügte hinzu, dass keine der beiden Weltmächte ersetzbar in ihrer Verantwortung sei, und keine könne sich aus ihrer Verantwortung lösen.

Diese Feststellung hat sich auf eine negative Weise in diesen Tagen bestätigt, wie auch die andere, über die ich auf der grossen Versammlung in New York nachzudenken bat, nämlich dass Macht nicht quantifizierbar sei, dass es für sie eine Grenze gebe, an der sie sich in Ohnmacht verwandele.

Das war keine Einladung zur Resignation. Dies war eine Mahnung an die Verantwortlichkeit, die ich zu formulieren versuchte. Und so wiederhole ich sie heute: Auf welches Recht kann sich Macht heute berufen, und wozu sollte sie gut sein, wenn sie nicht in den Dienst des Friedens genommen wird? Wenn sie vor Konflikten kapituliert, die man in einer beschönigenden Sprache »begrenzte« nennt. Als ob diese Grenze für die armen

Teufel existierte, die töten müssen und die sterben müssen.

Der Zustand einer zur Zeit fast universellen Hilflosigkeit teilt sich uns auf deprimierende Weise mit. Wir wissen, dass unsere Stimme nicht weit trägt, aber darum dürfen wir dennoch nicht schweigen. Vor den Vereinten Nationen – ich darf daran noch einmal erinnern – habe ich mit jener Behutsamkeit, die hier angemessen zu sein schien, auch auf die Notwendigkeit eines friedlichen Ausgleichs im Nahen Osten hingewiesen. Ich sagte, meine Regierung teile die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft vor den Möglichkeiten einer Vermittlung nicht resigniere; sie sei zugleich der Meinung, dass vor allem im Friedensgespräch der Beteiligten der Ausgleich elementarer Interessen gefunden werden könnte.

Statt dessen sprechen nun die Waffen. Ihre Sprache ist elementar. Ich verberge niemandem, wie tief diese Tragödie uns Deutsche bewegt, wie tief sie mich und meine Regierung und alle, die in deutschen Landen Verantwortung tragen, erschüttert. Wir haben uns den Auftrag von Vermittlern nicht zugemutet, denn wir überschätzen weder unsere politische noch unsere moralische Kraft.

Aber wir haben zum Ausgleich, zur Vernunft geraten, für den Frieden geredet, wo immer es geboten war: Aussenminister Scheel bei seinen Besuchen in Kairo und anderen Hauptstädten der arabischen Welt; ich erklärte selbst vor der Presse in Jerusalem, die Bundesregierung habe weder die Absicht noch die Legitimation, sich durch erbetene oder unerbetene Parteinarbeit zu übernehmen, aber das deutsche Interesse sei klar: es gelte einer friedlichen Lösung, die von den unmittelbar Beteiligten akzeptiert werden könnte.

Meine Hoffnungen trugen mich bei der Begegnung – am 9. Juli war es erst, also vor wenigen Monaten – im Hotel King David mit Frau Premierminister Golda Meir³ einen Schritt weiter, als ich vorschlug, Israel und seine arabischen Nachbarn sollten nicht nur über die Sicherheit ihrer Grenzen, sondern auch über die grossen Möglichkeiten regionaler Zusammenarbeit miteinander reden und mehr, dass es die Aufgabe Dritter sein sollte, diesen Prozess zu fördern und für sein Ergebnis einzustehen.

Vielleicht kehren diese Hoffnungen wieder von den Schlachtfeldern zu uns zurück. Ich wünschte, es würde schon morgen sein! Vielleicht wird diese Phase des Nahost-Krieges tatsächlich die letzte sein, weil sie endlich die grosse Ernüchterung schafft, ohne die Frieden in diesem Teil der Welt nicht möglich ist.

Für diesen Frieden gibt es nach unserer unverrückbaren Einsicht – ich wiederhole es – nur ein Fundament: die Anerkennung und Respektierung des Lebensrechts und der Sicherheit aller Staaten der Region. So sagten wir es den einen und den anderen und allen miteinander vom Podium der Vereinten Nationen.

Für Menschlichkeit gibt es keine punktuelle Zuständigkeit. Für niemand kann es ein Anlass zu Missverständnissen sein, wenn der deutsche Bundeskanzler mit seinen Landsleuten dieses Wiederaufflammen des Krieges mit Entsetzen beobachtet. Gleichgültigkeit wäre nicht nur eine Abdankung aller Menschlichkeit, sondern auch Flucht aus der Verantwortung, Rückzug aus der Realität, zu der jetzt die tragische Erfahrung zählt, die Juden und Deutsche aneinander bindet . . .

³ Vgl. o. S. 125 ff.

Unsere Anteilnahme, die hier auf eine besondere Weise geweckt ist, schliesst das Schicksal der einen wie der anderen ein: Menschen hier wie dort, die sich im Leiden, im Sterben, in der Trauer zuletzt nicht unterscheiden.

Man muss verstehen, dass sich die Furcht von dort auf uns überträgt, mit ihr die Ahnung des Leidens und mehr als eine Ahnung der Trauer, nicht nur, weil kein Friede in Europa sein kann, wenn die Häuser der Nachbarn im Nahen Osten brennen, sondern weil wir uns gegenwärtig machen müssen, dass hier auch das Leben von letzten Überlebenden bedroht ist, von Menschen, deren Familien im grossen Inferno ausgelöscht oder so gut wie ausgelöscht wurden. Es geht um ihr Existenzrecht und um das ihres Volkes.

Weil wir dies so ernst nehmen, sind uns das Existenzrecht und das Recht auf Sicherheit auch der arabischen Menschen genauso bewusst und genauso wichtig. Unsere Furcht für das Leben derer, die betroffen sind, unterscheidet nicht nach Nationalitäten und nach Rasse, nach Staatsangehörigkeiten . . .

In den ersten Tagen, in denen solche Gewalten entfesselt werden, besteht meist wenig Aussicht, dass in dem Getöse der Waffen und der Waffensysteme – wie man heute sagt – eine Stimme menschlichen Empfindens und menschlicher Vernunft gehört wird. Dies darf uns nicht davon abhalten zu sagen, was unsere Überzeugung ist: Die Waffen sollen schweigen!

Ich hoffe, dass sich diesem Ruf viele Staaten anschliessen, gerade auch grössere, als wir es sind, dass sie alles tun, was in ihren Kräften steht, damit die Waffen schweigen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es eine Illusion ist, die Konflikte im Nahen Osten militärisch lösen zu wollen. Dies wird sich wieder zeigen.

Die Anerkennung der Wirklichkeit verlangt, dass keinem der dort bestehenden Staaten und der dort lebenden Völker das Lebensrecht abgesprochen werden darf.

Es wird die Aufgabe der internationalen Politik sein, nicht nur einen jederzeit neu gefährdeten Waffenstillstand zu erreichen, sondern zum Frieden in diesem Raum vorzustossen.

Der Zyklus von Eroberung und Rückeroberung, von Hass und Rache, von Drohung und Gewalt, unterbrochen von kürzeren oder längeren Pausen des Atemholens und des Sammelns neuer Kräfte, muss ein Ende finden!

Jeder Staat ist heute aufgerufen mitzuhelfen, damit die Beteiligten die Kraft zum Frieden finden.

Meine Damen und Herren, wo Forderungen wenig ausrichten, wo keine Macht ist, sie in die Wirklichkeit zu zwingen, da muss man der Kraft der Bitte vertrauen.

Sie ist ein anderes Wort für Gebet, und auch wenn ich nicht zum Buch der Bücher greife, sage ich einfach: In diesem Vertrauen bitten wir um Frieden.

IV Nachtrag

Es ist fraglich, ob die Äusserungen des Bundeskanzlers in Übereinstimmung zu bringen sind mit der Brüsseler Erklärung der Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft vom 6. November 1973, einem Dokument, das leider auch die Bundesrepublik Deutschland mit unterschrieben hat.¹ »Scharfe Kritik an dieser Erklärung zur

¹ Vgl. dazu den ausgezeichneten Leitartikel von Klaus Natorp: Die Palästinenser in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 11. 1973.